»Die faire Beteiligung aller«

Rede des Ständigen Vertreters Deutschlands bei den Vereinten Nationen vor der 64. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 28. September 2009 in New York

Thomas Matussek

In diesen stürmischen, von vielfältigen Krisen gezeichneten Zeiten brauchen wir mehr denn je eine globale Organisation, die alle Mitglieder nutzen und unterstützen. Wir brauchen die Vereinten Nationen.

Das umfassende, universelle System der Vereinten Nationen ist das Herzstück des globalen Systems der Krisenprävention und Folgenbegrenzung. Jetzt mehr denn je sichert Deutschland der Weltorganisation seine aktive und umfangreiche Unterstützung zu. Die Lehren des vergangenen Jahres waren bitter, und heute wird mit aller Deutlichkeit klar, dass wir die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Erholung sichern müssen. Das gilt nicht nur für den Finanzsektor, sondern insbesondere für die Verwundbarsten der Welt: für die Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern ebenso wie für unsere Umwelt und das Weltklima. Die Beratungen über eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften weisen in die richtige Richtung. Die Vereinten Nationen sollten an diesem Prozess aktiv beteiligt sein. Wir müssen die Krise in eine Chance für Entwicklung und für einen wirklich ›grünen Aufschwung‹ verwandeln.

Die Auswirkungen der **Finanzkrise** gefährden den Fortschritt auf dem Weg zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Daher müssen wir alles daransetzen, um Rückschläge auf diesem Weg zu vermeiden. Die Geberstaaten müssen ihre Anstrengungen fortsetzen, auch und insbesondere in Krisenzeiten. Deutschland hat seine Beiträge zur öffentlichen Entwicklungshilfe in den letzten Jahren stetig erhöht. 2008 war mein Land der zweitgrößte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe. Wir werden zudem unsere Beiträge zu den multilateralen Entwicklungsbanken deutlich erhöhen. All dies unterstreicht, dass Deutschland, eine der größten Volkswirtschaften der Welt, zu seiner globalen Verantwortung steht. Aber auch die Entwicklungsländer müssen ihrer Verantwortung gerecht werden.

Verantwortungsvolle Regierungsführung, die Achtung der Menschenrechte, Umweltschutz, die Bekämpfung von Epidemien, die Stärkung der Rechte der Frauen – diesen Herausforderungen muss sich jedes Land eigenverantwortlich stellen.

Der **Klimawandel** ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Er bedroht unser Wohlergehen, unsere Sicherheit und unsere Wirtschaftsentwicklung. Er wird zu unkontrollierbaren Risiken und schweren Schäden führen, wenn wir nicht entschieden handeln – nicht in ferner Zukunft, sondern heute und jetzt. Ich kann Ihnen versichern: Deutschland wird auch künftig beim Klimaschutz führend sein. Doch werden wir nur dann erfolgreich sein, wenn wir gemeinsam handeln.

Ständiger Vertreter Deutschlands bei den UN Thomas Matussek UN-Foto: Erin Siegal

Wir brauchen einen alle Seiten einschließenden Prozess, an dem auch die vom Klimawandel direkt betroffenen Länder, wie die kleinen Inselstaaten, mitwirken können. Die Vereinten Nationen bieten dafür den einzig verlässlichen Rahmen. Ich möchte dem Generalsekretär für die Veranstaltung eines Gipfeltreffens der Vereinten Nationen zu dieser außerordentlich wichtigen Frage danken, das dank seiner höchst zeitgerechten Initiative in der vergangenen Woche stattfand.

Abrüstung und Rüstungskontrolle können dazu beitragen, bessere Bedingungen für die globale Zusammenarbeit zu schaffen und Sicherheit und Stabilität zu erhöhen. Wir begrüßen die neue Dynamik auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung von ganzem Herzen. Dem Ruf nach einer kernwaffenfreien Welt, der breite Unterstützung findet, schließen wir uns an. Wir müssen diese Gelegenheit ergreifen und Fortschritte in allen Bereichen der Abrüstung herbeiführen. Deutschland hat nachdrücklich darauf hingewiesen, dass auch substrategische Kernwaffen in den weiteren Abrüstungsprozess einbezogen werden müssen. Unser klares Bekenntnis zur Befreiung der Welt von allen Kernwaffen ist der beste Weg zur Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsregimes. Wir müssen dafür sorgen, dass auf der Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen 2010 ein neuer internationaler Konsens gefunden wird, dass die Verhandlungen zu dem Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen

oder andere Kernsprengkörper in Genf aufgenommen werden und dass der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen in Kraft tritt. Um einen Zielkonflikt zwischen der Nichtverbreitung und der friedlichen Nutzung zu vermeiden, unterstützt Deutschland multilaterale Lösungen für die Versorgung mit Kernbrennstoffen und hat zu dieser Frage einen eigenen Vorschlag unterbreitet. Die internationale Gemeinschaft darf in ihrem Engagement für ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen nicht nachlassen. Ein Vorbild in dieser Hinsicht ist das Chemiewaffenübereinkommen, das eine ganze Kategorie von Massenvernichtungswaffen verbietet. Seine Durchführungsorganisation braucht eine starke und dynamische Führung. Deutschland hat sich dem Chemiewaffenübereinkommen immer besonders verpflichtet gefühlt und ist bereit, in dieser Organisation mehr Verantwortung zu übernehmen.

Wir beobachten das weiter voranschreitende Nuklearprogramm in **Iran** mit großer Sorge. Das späte Eingeständnis Irans, eine zweite Anreicherungsanlage zu bauen, macht deutlich, dass unsere Sorge mehr als begründet ist. Bereits vor diesem jüngsten Ereignis hob der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), El Baradei, in seinem Bericht die Dringlichkeit dieser Angelegenheit hervor. Bedauerlicherweise weigert sich die iranische Regierung nach wie vor, mit der IAEA voll zusammenzuarbeiten und die ernsten Zweifel am friedlichen Charakter seines Nuklearprogramms auszuräumen. Wir legen Iran eindringlich nahe, einer Verifikationsgruppe der IAEA unverzüglich Zugang zu dem neu bekannt gewordenen Standort zu gewähren. Wir hoffen aufrichtig, dass Iran die Gelegenheit der bevorstehenden Gespräche zwischen Iran und den E3+3 ergreifen und seine Bereitschaft zu ehrlichen und zügigen Verhandlungen unter Beweis stellen wird. Wenn die Führung Irans die internationale Gemeinschaft weiter hinhält, wird die internationale Gemeinschaft keine andere Wahl haben, als zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Ernsthaftigkeit unseres gemeinsamen Anliegens zu unterstreichen. Iran blickt auf eine lange und große Geschichte zurück. Das Land ist eine Wiege der Zivilisation. Es kann ein Anker der Stabilität in seiner Region, ein geachtetes Mitglied der internationalen Gemeinschaft werden. Dazu bedarf es aber, neben einer diplomatischen Lösung der mit seinem Nuklearprogramm verbundenen Fragen, einer verantwortungsvollen Außenpolitik gegenüber seinen Nachbarn. Der Schlüssel hierzu ist die Anerkennung des Existenzrechts Israels.

Nach der Eskalation der Gewalt im **Gaza-Streifen** zu Beginn des Jahres hat es ermutigende Anzeichen für eine Rückkehr zum Friedensprozess gegeben. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel der Zwei-Staaten-Lösung ist immer noch möglich. Deutschland unterstützt das starke Engagement und den regionalen Ansatz Präsident Obamas nachdrücklich. Gemeinsam mit den Partnern der Europäischen Union sind wir bereit, konkrete Beiträge zu den Friedensbemühungen zu leisten. Was wir nun jedoch brauchen, sind mutige Gesten des guten Willens auf allen Seiten, um die Voraussetzungen für ernsthafte Gespräche zu schaffen.

Die erfolgreiche Durchführung der Wahlen im Juni war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur weiteren Stabilisierung **Libanons**. Wichtig ist nun, dass bald eine neue Regierung gebildet wird. Die erfolgreiche Mission der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL) leistet nach wie vor einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Waffenruhe zwischen Libanon und Israel und somit zur Stabilisierung der Region. Mit der erneuten Übernahme der Führung des Marineeinsatzverbands der UNIFIL am 1. September haben wir unser Engagement für die UNIFIL weiter verstärkt.

Für **Afghanistan** ist 2009 ein entscheidendes Jahr. In den Präsidentschaftswahlen, den ersten freien und von den Afghanen selbst organisierten Wahlen seit Jahrzehnten, wurde darüber entschieden, wer die Geschicke des Landes in den kommenden fünf Jahren lenken wird. Die Wahlen waren ein beeindruckendes Zeugnis dafür, dass die Menschen in Afghanistan entschlossen sind, am politischen Prozess mitzuwirken. Vor dem Hintergrund der schwierigen Sicherheitslage gewinnt der weitere Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte umso mehr an Bedeutung. Wir werden daher die Zahl der deutschen Polizeiausbilder in Afghanistan weiter erhöhen. Wir werden den weiteren Aufbau der Polizeimission der Europäischen Union unterstützen. Und wir werden im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) die Ausbildung der afghanischen Armee weiter vorantreiben helfen. Trotz aller Kritik gibt es auch ermutigende Erfolge, vor allem auf dem Gebiet des Wirtschaftswachstums und beim Wiederaufbau der Infrastruktur des Landes. Die Grundvoraussetzungen für die nachhaltige Entwicklung Afghanistans sind gute Regierungsführung, die entschlossene Bekämpfung der Korruption und eine Verbesserung der staatlichen Dienstleistungen. Nur wenn sie gegeben sind, kann die Bevölkerung wieder Hoffnung für die Zukunft schöpfen. Als einer der größten Truppensteller und einer der wesentlichen bilateralen Geber wird sich Deutschland auch künftig maßgeblich am Wiederaufbau des Landes beteiligen. Nach den Präsidentschaftswahlen treten wir nun in eine neue Phase der Zusammenarbeit zwischen der internationalen Gemeinschaft und Afghanistan ein. Aus diesem Grund hat Deutschland zusammen mit dem Vereinigten Königreich und Frankreich die Initiative zu einer internationalen Konferenz ergriffen, auf der konkrete, realistische und messbare Ziele für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans festgelegt werden sollen. Zu diesem Zweck sollte der Afghanistan-Pakt, der 2010 ausläuft, fortentwickelt werden.

2010 werden wir den 50. Jahrestag der Unabhängigkeit von nicht weniger als 17 afrikanischen Staaten begehen. Ein geeigneter Zeitpunkt, um auch in die Zukunft zu blicken.

Trotz der globalen Wirtschaftskrise sind die Aussichten für **Afrika** und seine Menschen insgesamt positiv. Es muss uns gelingen, das enorme Potenzial des Kontinents an Menschen, an Kreativität und an Ressourcen zu nutzen. Die Herausforderung besteht für uns weiter darin, die Entfaltung dieses Potenzials zu fördern und gleichzeitig die afrikanische Eigenverantwortung zu achten. Afrikanische Eigenverantwortung ist keineswegs gleichzusetzen mit einem Rückzug von unserem Nachbarkontinent. Im Gegenteil, es bedeutet, dass wir mit den Staaten Afrikas Beziehungen im Geist der Partnerschaft pflegen, einer Partnerschaft, in die jede Seite ihre Ideen einbringt und in der wir zusammenarbeiten, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern, auf lokaler wie auf globaler Ebene. Eine große gemeinsame Herausforderung bleibt die Eindämmung der Gewalt und der Schutz der Menschen in Konfliktgebieten. Deutschland wird sein umfangreiches Engagement in Afrika fortsetzen, sei es auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, des Friedens und der Sicherheit, der Wirtschaft und der Technologie, im Umwelt- und Energiesektor oder bei der Bildungs- und Wissenschaftskooperation. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union, die in den letzten Jahren zunehmend ausgeweitet wurde.

Die **Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen** sind eine tragende Säule der internationalen Sicherheitsarchitektur. Eine Reform der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen ist dringend geboten. Deutschland ist bereit, zu dieser Reform aktiv beizutragen. Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen muss unbedingt weiter verstärkt werden. Die Europäische Union hat gerade bewiesen, dass sie mit ihren Friedenssicherungsmissionen in Afrika – in der Demokratischen Republik Kongo und in Tschad, um nur zwei Beispiele zu nennen, – eine verlässliche Partnerin der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Krisenmanagements ist.

Wir sehen uns einer Vielzahl globaler Herausforderungen gegenüber. Kein Land ist heute stark genug, um diese Herausforderungen alleine zu bewältigen. Wir brauchen ein universelles Forum für gemeinsames globales Handeln. Deshalb brauchen wir starke Vereinte Nationen, die zu wirksamem Handeln fähig sind.

Eine lange Reihe hochrangiger Tagungen – von der Zusammenkunft auf hoher Ebene im Jahr 2005 bis hin zu dem vom Generalsekretär einberufenen Gipfeltreffen zum Klimawandel in der vergangenen Woche – hat deutlich gemacht, wie dringlich es ist, die Vereinten Nationen an die Herausforderungen der heutigen Welt anzupassen. Denn die Bedrohungen haben globale Ausmaße angenommen. Unsere Reaktionen sind jedoch noch nicht immer global. Und das gilt auch für die Vereinten Nationen. **Reformen** müssen mit einfachen Fragen beginnen: Erfüllt ein bestimmtes Organ seine Aufgaben effektiv? Spiegelt seine Zusammensetzung die heutige Welt wider? Wo dies nicht der Fall ist, muss ›Reform‹ ein klares Ziel haben: die Vereinten Nationen wirksamer, glaubwürdiger und durchsetzungsfähiger zu machen. Doch unsere Reformen dürfen sich nicht auf die Vereinten Nationen beschränken. Wenn wir die derzeitige Krise effektiv bewältigen und künftige Krisen wirksam verhüten wollen, müssen wir auch die internationalen Finanzinstitutionen reformieren. Isolierte Reformen einzelner Institutionen werden uns nicht weiter bringen. Die Reform der Finanzinstitutionen und die der Vereinten Nationen müssen in einer umfassenderen Reform der ›global governance‹ ineinander greifen. Einer Reform, die mehr als sechs Jahrzehnte nach der Begründung der heutigen Weltordnung längst überfällig ist. Deutschland setzt sich übrigens auf hoher Ebene dafür ein, im Zuge der Reform der internationalen Finanzinstitutionen auch eine bessere Vertretung der Schwellen- und der Entwicklungsländer zu erreichen. Das verstehen wir unter ›global governance‹: die faire Beteiligung aller.

In den Jahren 2000 und 2005 forderten die Staats- und Regierungschefs eine **Reform des Sicherheitsrats**. Sie taten dies aus der Erkenntnis heraus, dass wir den Bedrohungen von heute nur begegnen können, wenn der Sicherheitsrat die Welt von heute spiegelt. Eines ist klar: Wenn der Sicherheitsrat sich nicht reformiert, besteht die Gefahr, dass andere Organe versuchen werden, an seine Stelle zu treten. Eine solche Rivalität würde uns allen schaden. Versuchen wir daher auf dieser 64. Tagung der Generalversammlung, konkrete Ergebnisse herbeizuführen. Deutschland ist und bleibt bereit, Verantwortung zu übernehmen. Es ist auch bereit, einen ständigen Sitz in einem reformierten Sicherheitsrat einzunehmen.

Wir unterstreichen diese Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung auch mit unserer Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat für den Zeitraum 2011–2012. Mit unserer Arbeit im Sicherheitsrat wollen wir zum Erfolg der Vereinten Nationen beitragen. So wie wir bereits heute zu Missionen der Vereinten Nationen weltweit, zu Entwicklungsfonds, zu humanitärer Hilfe oder zum Umweltprogramm der Vereinten Nationen beitragen. Jetzt und in Zukunft werden wir daran arbeiten, gemeinsame Interessen zu finden, Gräben zu überwinden und eine globale Verantwortungspartnerschaft zu stärken.

Die Rede wurde auf Englisch gehalten. Quelle der deutschen Übersetzung: Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen. Englischer Text über die Webseite der 64. Generalversammlung: http://www.un.org/ga/64/generaldebate/DE.shtml